

sind, ihre Freiheit wiedererhalten, die noch schwebenden Verfahren eingestellt werden und die Verfolgung der antifaschistischen und antimilitaristischen Organisationen unterbleibt.“

12. 5.1956

ADN-Interview mit dem Stellvertreter des Ministerpräsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Walter Ulbricht, „Wiedervereinigung erfordert Verständigung der beiden deutschen Staaten“:

„Die Wiedervereinigung Deutschlands ist eine Sache der Deutschen selbst und kann nur durch die Verständigung der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik erreicht werden.“

„Beide deutschen Regierungen könnten sich über die Begrenzung der militärischen Streitkräfte verständigen.

Beide deutschen Regierungen könnten sich verpflichten, die Wehrpflicht nicht einzuführen. Beide Regierungen könnten sich, wie das die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik bereits vor längerer Zeit vorgeschlagen hatte, darüber verständigen, daß sie sich für ein Verbot der Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden einsetzen. Beide Regierungen könnten sich verpflichten, jede Kriegshetze zu bekämpfen und die Verbreitung solcher Literatur zu unterbinden, die der Rassenhetze und der Völkerhetze dient.“

18. 5.1956

Schreiben des Präsidenten der Deutschen Demokratischen Republik, Wilhelm Pieck, an den Präsidenten der Deutschen Bundesrepublik, Prof. Heuß:

„Ich appelliere... an Sie als das Staatsoberhaupt der Bundesrepublik, dahin zu wirken, daß in Westdeutschland der politischen Verfolgung von Bürgern ein Ende gemacht wird, die die demokratischen Bürgerrechte verteidigen, gegen die staatlich geförderte Wiederbelebung des Militarismus und des Neonazismus kämpfen und für vernünftige wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen zu den sozialistischen Staaten eintreten.“

„Ich bitte Sie daher, sehr geehrter Herr Bundespräsident, im Interesse des Friedens, aus Gründen der Menschlichkeit, im Interesse von Tausenden unmittelbar betroffenen Familien,